



Ver.di Personalräte aus NRW

An den
Ministerpräsidenten
des Landes NRW
Herrn
Armin Laschet

Die unendliche Geschichte der Altschuldenlösung für die Kommunen

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Armin Laschet,

die Finanzsituation der Kommunen in unserem Bundesland brauchen wir Ihnen sicherlich nicht ausführlich darstellen. Dass die jahrzehntelange Unterfinanzierung der Kommunen zum erheblichen Aufbau von Kassenkrediten in Milliardenhöhe geführt hat, mit elementaren negativen Folgen für die Infrastruktur in unseren Städten, kann man an vielen Stellen erkennen.

Das bestehende Dilemma gerade in den Stärkungspaktkommunen hat Herr Professor Junkernheinrich auf der Ruhrkonferenz am 10.05.2019 sehr zutreffend dargestellt:

Finanzschwache Städte im vierfachen Dilemma

Angaben für finanzschwache Städte in Nordrhein-Westfalen (Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“) für das Jahr 2016

- *Sozialausgaben: +54,9% über dem Durchschnitt der West-Flächenländer und 35,3 % über dem Durchschnitt des übrigen NRW*
- *Investitionen: -58,0% unter dem Durchschnitt der West-Flächenländer und -24,5 % unter dem Durchschnitt des übrigen NRW*
- *Steuersätze: Gewerbesteuer: 23,6% über dem Durchschnitt der West-Flächenländer und 11,6 % über dem Durchschnitt des übrigen NRW Grundsteuer B: 44,7% über dem Durchschnitt der West-Flächenländer und 26,2 % über dem Durchschnitt des übrigen NRW*
- *Altschulden: +431,7 % über dem Durchschnitt der West-Flächenländer und 342,6 % über dem Durchschnitt des übrigen NRW*

Die Heimatministerin, Frau Ina Scharrenberg, hat dazu auf der Ruhrkonferenz angekündigt, dass nach Vorliegen der Ergebnisse der „Kommission gleichwertige Lebensverhältnisse“ die Landesregierung noch bis zum Sommer handeln wird. Die Ergebnisse liegen seit dem Sommer vor. Die Erkenntnis, dass zwingender Handlungsbedarf besteht, wurde auch erwartungsgemäß bestätigt.

Prof. Junkernheinrich hat dies schon seit langem gefordert. Beispielhaft möchten wir hier einen Auszug aus der Fachzeitschrift „Der Neue Kämmerer“ aus dem Jahre 2017 zitieren:

Zeitbombe kommunale Verschuldung

Junkernheinrich mahnt die Kommunen darüber hinaus eindringlich zum Schuldenabbau. Dieser werde fünf Jahre nach dem Start des Stärkungspaktes immer dringlicher. Zum 31.12.2015 lagen die kommunalen Kassenkredite einschließlich der Wertpapierausgaben in Nordrhein-Westfalen auf dem Rekordniveau von 27,6 Milliarden Euro. „Hier tickt eine ‚Zeitbombe‘, der sich die Politik nun verstärkt widmen sollte“, so der Universitätsprofessor.

Mittlerweile hat der Bundesfinanzminister Olaf Scholz angekündigt, dass der Bund 50 % aller Altschulden übernehmen wird. Voraussetzung dabei ist, dass sowohl das Land als auch die Kommunen bereit sind, sich zu beteiligen. Das ist nach unserem Dafürhalten eine historische Chance, bedenkt man die Debatte hierzu auf der bundespolitischen Ebene in der Vergangenheit. In der Ruhrkonferenz haben alle Anwesenden deutlich zum Ausdruck gebracht, dass es selbstverständlich ist, sich zu beteiligen wenn eine Hilfe geboten wird. Die konkrete Frage an die Heimatministerin, welchen Beitrag das Land NRW dazu leisten will, blieb allerdings unbeantwortet. Mal wieder erfolgte lediglich eine Ankündigung, dass die Landesregierung hierzu einen Vorschlag einbringen will. Passiert ist bis heute nichts.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Armin Laschet, die Zeit der Erkenntnis, dass hier ein unberechenbares Problem auf dem Tisch liegt, welches sich vor dem Hintergrund der nicht absehbaren Zinsentwicklung als echte „Zeitbombe“ erweisen kann, ist nach Dafürhalten der Personalräte schon lange gegeben. Was es jetzt braucht ist schlicht und einfach nichts anderes als politische Entscheidungen. Die Lösungsvorschläge liegen auf dem Tisch. Jetzt ist Handeln angesagt. Ein „Weiter so“ in Form von „Wir reden darüber“ war gestern. Umdenken und handeln jetzt ist das Gebot der Stunde.

Nun haben Sie, Herr Ministerpräsident, am 6.11.2019 über die Presse mitgeteilt, dass das Kabinett die weitere Umsetzung der Ruhr-Konferenz beschlossen hat. Konkret hat die Staatskanzlei folgendes mitgeteilt:

„Die Landesregierung hat bei ihrer Kabinettsitzung am Dienstag (5. November 2019) die weitere Umsetzung der Ruhr-Konferenz beschlossen. In fünf zentralen Handlungsfeldern sollen 74 Projekte unter dem Leitmotiv „Chancenregion Ruhr“ dem Ruhrgebiet wichtige Impulse geben. Die fünf Bereiche, in denen die Landesregierung Schwerpunkte setzt, sind Mobilität und Verkehr, Wirtschaft und Arbeit, gelebte Vielfalt und Zusammenhalt, Energie, Klima und Umwelt sowie Bildung und Forschung.

Ministerpräsident Armin Laschet: „Die Ruhr-Konferenz hat das Ruhrgebiet hinter sich versammelt. Die gemeinsame Arbeit an der Zukunft der Chancenregion ist das Erfolgsrezept. Dabei geht es um die Chancen für das Ruhrgebiet selbst und die mehr als fünf Millionen Menschen, die dort leben, aber auch um die Chancen für uns alle. Denn ein Ruhrgebiet, das wieder zum Motor für Innovation und wirtschaftlichen Erfolg wird, ist gut für ganz Nordrhein-Westfalen und für Deutschland.“ Deshalb habe sich die Landesregierung so intensiv mit dem Ruhrgebiet befasst und mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie mit den Akteuren vor Ort ausgetauscht wie keine ihrer Vorgängerregierungen, so Laschet.

Der Ministerpräsident betonte den ganzheitlichen Ansatz der Ruhr-Konferenz: „Wer Investoren anziehen und die klugen Köpfe zum Bleiben motivieren will, wer attraktiv sein will für Gründer, wer die Olympischen Spiele holen will – der muss in allen Lebensbereichen punkten.“ Die vernetzte Mobilität müsse selbstverständlich sein, die Wirtschaft erfolgreich und die Arbeitsplätze attraktiv; Sicherheit und Zusammenhalt seien unverzichtbar, ebenso eine funktionierende Energiewende und eine gesunde Umwelt. „Und nicht zuletzt gilt es, das Versprechen Aufstieg durch Bildung einzulösen und beim Thema Forschung und Exzellenz ein neues Level zu erreichen. Bei all diesen Themen greifen die fünf Handlungsfelder, die 74 von den Themenforen der Ruhr-Konferenz erarbeiteten Projekte sorgen für die nötigen Impulse“, sagte Laschet.“

Sie betonen den ganzheitlichen Ansatz der Ruhr-Konferenz, grenzen das Thema Altschulden jedoch bewusst aus. Das ist kein gutes Zeichen, Herr Ministerpräsident.

Wir, die Personalräte - nicht nur der Stärkungspaktkommunen, viele davon aus dem Ruhrgebiet - erwarten jetzt ein Handeln der Landesregierung. Der Stärkungspakt läuft 2021 aus, wie sich die Zinsentwicklung und die konjunkturelle Entwicklung darstellen werden, kann niemand hundertprozentig prognostizieren.

Die Herausforderungen der Zukunft sind für die Kommunen enorm. Investitionen in Bildung und Infrastruktur, Demografische Entwicklungen, Digitalisierung, Mobilitätsfragen und vieles mehr. Die Haushaltskonsolidierungsprozesse der letzten 30 Jahre haben erhebliche negative Spuren hinterlassen. Sie gingen und gehen immer wieder zu Lasten der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes. Paradoxerweise gibt es teilweise Finanzmittel, die vor Ort nicht genutzt werden können, da das Personal für die Realisierung von Maßnahmen fehlt. Dringende Sanierungs- und Betreuungsaufgaben bleiben liegen, da das vorhandene Personal mehr als ausgelastet ist! Der DGB-Personalreport 2019, der Ihnen sicherlich bekannt ist, zeigt deutlich auf, dass wir in

Deutschland (insbesondere in NRW) schlecht aufgestellt sind! Insofern greift eine Entschuldung zu kurz. Es bedarf eines allgemeinen Kraftaktes, die Kommunen wieder handlungsfähig(er) zu machen. Der Öffentliche Dienst bzw. die Kommunen müssen attraktive Arbeitgeber bleiben bzw. wieder werden! Es wird Zeit, dass der Rahmen geschaffen wird, sich hier wieder positiver aufstellen zu können. Das gilt im Übrigen nicht nur für die Stärkungspaktkommunen. Das betrifft uns alle in der kommunalen Familie.

Ansätze für eine Altschuldenlösung gibt es genug. Sei es von den Grünen, sei es von Herrn Prof. Junkernheinrich, sei es von der Gewerkschaft ver.di NRW. Alle Vorschläge eint, die aktuelle Zinslage als historische Chance zu begreifen, das Problem jetzt abzuräumen.

Natürlich dürfen wir bei allem auch den Konnexitätsgedanken nicht aus dem Auge verlieren. Allen Akteuren ist sehr wohl bewusst, dass ein Beitrag zu der bestehenden Finanzsituation auch der Umstand geführt hat, dass Beschlüsse auf Landes- und Bundesebene die Kommunen belastet haben, ohne für den erforderlichen Finanzausgleich zu sorgen. Gleichzeitig wird in allen uns bekannten Studien deutlich, dass insbesondere die steigende Belastung der Ausgaben im Sozial- und Jugendbereich nicht mehr mit den bestehenden Einnahmestrukturen in Übereinstimmung zu bringen sind. Daher bedarf es zwingend auch an dieser Stelle einer Lösung, will man im Falle der „Entschuldung“ eine erneute Verschuldung vermeiden. Aber auch hier liegen Vorschläge auf dem Tisch, wie beispielsweise eine höhere Übernahme der Unterkunftskosten im SGB II Bereich durch den Bund.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Armin Laschet, wir, die ver.di Personalräte der betroffenen Städte, möchten Sie zu einem Austausch einladen. Sagen Sie uns, wann es Ihr Kalender zulässt, mit uns zu reden. Wir werden da sein. Und gut wäre, wenn Sie in Ihrem Koffer ein Lösungspaket mitbringen würden. Nicht für uns in unseren Rollen als betriebliche Interessenvertretungen, nicht alleine für die vielen Beschäftigten in den unterschiedlichen Bereichen einer Kommune. Bringen Sie eine Lösung mit für unsere Städte und für die Menschen, die in diesen Städten leben und arbeiten.

Wir freuen uns auf einen gemeinsamen Austausch und erwarten Ihre Antwort auf unser Schreiben mit Hochspannung.

Mit freundlichen Grüßen

Erstunterzeichner*innen:

André auf der Heiden
Personalratsvorsitzender
Stadtverwaltung Oberhausen

Kai Uwe Gaida
Personalratsvorsitzender
Stadtverwaltung Essen

Dirk Neubner
Personalratsvorsitzender
Stadtverwaltung
Mülheim a. d. Ruhr

Thomas Köhler
Vorsitzender Gesamtpersonalrat
Stadtverwaltung Hagen

Kirsten Weber
Personalratsvorsitzende
Stadtverwaltung Herne

Rainer Hagenacker
Personalratsvorsitzender
Allgemeine Verwaltung
Stadtverwaltung Duisburg

Diana Drochner
Vorsitzende Gesamtpersonalrat
Stadtverwaltung Duisburg

Martina Pestke
Personalratsvorsitzende
Kreisverwaltung Recklinghausen

Klaus Ellenbeck
Personalratsvorsitzender
Stadtverwaltung Remscheid

Peter Klask
Personalratsvorsitzender
Stadtverwaltung Datteln

Michael Kurpisz
Personalratsvorsitzender
Stadtverwaltung Recklinghausen

Frank Holzapfel
Personalratsvorsitzender
Stadtverwaltung
Oer-Erkenschwick

Bertram Polenz
Personalratsvorsitzender
Stadtverwaltung Gladbeck

Michael Suntrup
Personalratsvorsitzender
Stadtverwaltung Waltrop

Gordon Dzikowski
Stv. Personalratsvorsitzender
Stadtverwaltung Herten

Willi Kinghorst
Personalratsvorsitzender
Stadtverwaltung Marl

Waltraud Hadick
Personalratsvorsitzende
Stadtverwaltung Dorsten

Katharina Lang
Vorsitzende Gesamtpersonalrat
Stadtverwaltung Düsseldorf

Frank Oldach
Personalratsvorsitzender
Stadt Bochum

Jörg Dicken
Vorsitzender Gesamtpersonalrat
Stadtverwaltung Köln

Achim Schlömer
Gesamtpersonalrat
Stadtverwaltung Köln

Helga Fromme
Personalratsvorsitzende
Stadtverwaltung Dortmund

Samir Bouaissa
Vorsitzender Verwaltungspersonalrat
Stadtverwaltung Wuppertal

Petra Stryewski
Personalratsvorsitzende
Stadtverwaltung Gelsenkirchen

Thomas Enk
Personalratsvorsitzender
Stadtverwaltung Mönchengladbach

Lutz Küstner
Personalratsvorsitzender
Stadtverwaltung Bottrop

Kurt Kiesewetter
Personalratsvorsitzender
Stadtverwaltung Hattingen

Heribert Boosen
Vorsitzender Gesamtpersonalrat
Stadtverwaltung Krefeld